

Gesetzliche Krankenversicherung

Forderungen an die Parteien zur Bundestagswahl 2013

**Abschaffung des Zwei-Klassensystems im Gesundheitswesen
nach dem Gleichheitsgrundsatz (Artikel 3, Grundgesetz).**



**Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung für alle Bürger
einschließlich Selbstständige, Politiker und Beamte¹⁾.**



**Die Bürgerversicherung muß kostenneutral staatlich organisiert sein
und nicht gewinnbringend privat.**



**Die Beiträge tragen paritätisch Arbeitgeber und Arbeitnehmer
zu gleichen Teilen, Rentner max. den halben Beitragssatz.**



Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze.



**Beitragspflicht für Vermögens- und Kapitaleinkünfte.
Dadurch Senkung des Beitragssatzes.**



**Mitbestimmung der Versicherten in allen Gremien, z. B. im GBA (Gemeinsamer Bundesausschuss),
in dem die Kassenleistungen freigegeben werden.**



**Offenlegung und vollständige staatliche Finanzierung
der versicherungsfremden Leistungen.**



Auflösung des Gesundheitsfonds.



Abschaffung aller Zuzahlungen (Arzneimittel, Krankenhaustagegeld usw.).



Bedingungslose Aufnahme von Nichtversicherten gemäß der Versicherungspflicht bei der Krankenkasse eigener Wahl.



Einführung einer Positivliste für Arzneimittel, die zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) verordnet werden dürfen.



Anpassung der Arzneimittelpreise an das niedrigste europäische Niveau.



Senkung der Mehrwertsteuer bei Arzneimittel von 19% auf 7%.



Rücknahme der reduzierten Leistungen aus den Vorjahren, wie z. B. Zahnersatz, augenärztliche Leistungen (Brillen), Streichungen nötiger Medikamente usw.



Kostenfreie Vorsorgeuntersuchungen.



Behandlung nach neuestem medizinischen Standard, nicht nach Kassenlage.



Uneingeschränkte Umsetzung der Beweisumkehrlast zugunsten der Versicherten für alle Behandlungsfehler der Leistungserbringer.



Transparente und verständliche Abrechnungen von ärztlichen Leistungen zwischen Arzt, Patient und Krankenkasse.

¹⁾ Derzeit zahlen gut verdienende gesetzlich Versicherte für Niedriglohneempfänger, Arbeitslose, Hartz IV- und Grundsicherungsempfänger, Alte, Kinder, Studenten und Kranke mit. Besserverdiener können sich privat versichern und damit aus der Solidargemeinschaft verabschieden.